

UM fair TEILEN

Reichtum besteuern

Bundesweiter Aktionstag 29.9.

MENSCHENKETTE UM DIE INNENSTADT

Das Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ fordert eine stärkere Besteuerung großer Vermögen zur Finanzierung des Sozialstaats und plant einen bundesweiten Aktionstag am 29. September 2012. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist eine von fast 50 Organisatoren des Bündnisses und ruft ihre Mitglieder auf, sich am Aktionstag und an der Vorbereitung zu beteiligen.

Die GEW unterstützt auch aus Hamburg die Forderung nach einer Vermögenssteuer und einer einmaligen Vermögensabgabe, um Armut und Spekulation zu bekämpfen. Der öffentlichen Hand fehlt das Geld für wichtige Investitionen u. a. in Bildung und Betreuung. In Krippen und Kitas fehlen Betreuungsplätze, aufgrund der schlechten Bezahlung mangelt es an Erzieherinnen und Erziehern. Das Betreuungsangebot an Schulen und das Angebot an Ganztagschule reicht bei weitem nicht aus. Die Hamburger Hochschulen müssen mit real sinkenden Budgets bis 2020 ihre Aufgaben in Lehre und Forschung erfüllen.

Jahrelang wurden nach dem Prinzip, Reiche steuerlich zu entlasten, Gewinne zu privatisieren und Defizite zu kollektivieren, die Staatskassen geplündert. Gigantische private Reichtümer konnten angehäuft werden, tragen aber nicht mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens bei, sondern gefährden im Gegenteil durch Spekulation die öffentlichen Haushalte weiter. Deshalb müssen diese Vermögen mit einer einmaligen Abgabe und einer dauerhaften Vermögenssteuer belegt werden.

"In Hamburg wird die Schuldenbremse zusätzlich zu Streichungen auch im Bildungsbereich führen. Wir brauchen aber nicht weniger, sondern mehr Bildungsausgaben vor Ort, damit ein gerechtes Bildungssystem Wirklichkeit werden kann", so Klaus Bullan, Vorsitzender der GEW Hamburg: "Durch 'umFAIRteilen', durch die Besteuerung von Reichtum und einen besseren Steuervollzug, muss auch der Hamburger Haushalt mehr Einnahmen generieren."

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten!

Am: 29. September 2012

GEW/DGB Treffpunkt: 12:00h Jungfernstieg / Reesendamm

Abschlusskundgebung: 13:00h Rathausmarkt

www.umfairteilen.de

ViSdP: GEW Hamburg, Dirk Mescher, Rothenbaumchaussee 15, 20148 HH



Das reichste Zehntel der Bevölkerung in Deutschland verfügt über etwa 64% des gesamten Nettovermögens. Allein 1% der superreichen Milliardäre konzentriert ein Viertel auf sich. Dies verdeutlicht, dass die Einnahmeprobleme der öffentlichen Hand eine wesentliche Ursache in der falschen Finanz- und Steuerpolitik haben. Nur wer die Vermögenden endlich angemessen zur Kasse bittet, erhält die Einnahmen, die ein intaktes Gemeinwesen braucht. Die Superreichen in Deutschland, dazu gehören auch die 43 reichsten Hamburger, sollten sich der Weitsicht und dem Rat der Herren Michael Otto und Peter Krämer sowie einiger anderer anschließen, die sich für höhere Spitzensteuersätze bei den Reichen ausgesprochen haben.

Dass diese Weitsicht noch nicht allzu weit verbreitet ist, wird u.a. daran deutlich, dass nach Einschätzung des ehemaligen Chefvolkswirts von McKinsey, James Henry, weltweit mindestens 20 Billionen US-Dollar auf der Basis von Steuerraub angelegt sind. In Deutschland wird dies immer dann offensichtlich, wenn der Einkauf von Steuerraub-CDs von interessierter Seite kritisiert wird. Dieser Skandal unterstreicht die Notwendigkeit, Steuerraub endlich genauso konsequent zu verfolgen wie Bankraub.

Die Schuldenkrise ist vor allem eine Steuerkrise. Die Antwort kann nicht eine sich jährlich verstärkende Spirale des Sparens sein, sondern nötig ist eine aktive Umverteilung. Auch in Hamburg sind jetzt schon massive Gerechtigkeitslücken erkennbar. Die Bürger sollen Einschränkungen in den kommunalen Dienstleistungen hinnehmen und die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sollen sich damit abfinden, dass ihre Lohnzuwächse oberhalb von 1,5% durch zusätzliche Stellenstreichungen finanziert werden. Dies lehnen wir entschieden ab. Schon heute gibt es Probleme die Kitas, Bildungs-, Kultur- und Sozialeinrichtungen ausreichend zu finanzieren. Wenn die systematische Verarmung der öffentlichen Haushalte nicht gestoppt wird, drohen unter dem Diktat der Schuldenbremse weitere massive soziale Einschnitte. Die Schuldenbremse darf nicht zur Gerechtigkeitsfalle werden.

Wir fordern den Senat und die Parteien in der Hamburger Bürgerschaft auf, ihre politischen Initiativen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einem noch stärkeren Nachdruck zu betreiben bzw. sich dort anzuschließen. Zu einer gerechten Steuerpolitik gehören eine sofortige Vermögensabgabe, eine Vermögenssteuer, eine Verstärkung der Erbschaftsteuer oberhalb bestimmter Sätze, eine Bekämpfung der Finanzspekulation durch eine Transaktionssteuer, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine stärkere Besteuerung von nicht reinvestierten Gewinnen und nicht zuletzt der massive Ausbau von Steuerprüfungen zur Verbesserung des Steuervollzugs.

- Das Privatvermögen nimmt in Hamburg pro Minute um 24.000 Euro zu.
- Allein das private Geldvermögen liegt in Hamburg bei 219 Milliarden Euro.
- Theoretisch hat jeder Hamburger Bürger 122.000 Euro auf der hohen Kante, aber das ist nur ein Durchschnittswert.
- Das reichste Zehntel der Bevölkerung in Deutschland verfügt über etwa 64 Prozent des gesamten Vermögens, allein das eine reichste Prozent konzentriert ein Viertel auf sich.
- In der unteren Hälfte der Gesellschaft führt der private Schuldenstand dazu, dass das Vermögen bei null liegt.
- Unter den 500 reichsten Deutschen sind 43 Hamburger mit einem Gesamtvermögen von fast 50 Milliarden Euro. Allein die acht Hamburger Milliardäre besitzen ein Gesamtvermögen von 33 Milliarden Euro.
- Wenn die 43 reichsten Hamburger ein Prozent ein Prozent Vermögenssteuer zahlen würden, kämen 500 Millionen Euro in die Stadtkasse.
- Jede Steuerprüfung bei Millionären bewirkt im Durchschnitt Nachzahlungen in Höhe von etwa 135.000 Euro.
- Jeder Steuerprüfer bringt jährlich rund eine Million Euro als zusätzliche Einnahme für die Staatskasse ein.
- Laut OECD beträgt der Anteil der Steuern auf Vermögen am gesamten Steueraufkommen im Durchschnitt der OECD-Länder 5,6%, in Deutschland ganze 2,3%.
- Die Privatvermögen in ganz Europa wachsen schneller als die Staatsverschuldung.